



Dr. Wilhelm Hofmeister leitet das Regionalprogramm Politikdialog Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Singapur.

WAHLEN IN AUSTRALIEN – KNAPPER SIEG FÜR DIE PREMIERMINISTERIN

Wilhelm Hofmeister

Premierministerin Julia Gillard bleibt auch nach den Wahlen am 21. August 2010 an der Spitze einer Minderheitsregierung. Sie wurde im Amt bestätigt. Der von ihr gestürzte Vorgänger Kevin Rudd ist Außenminister im neuen Kabinett.

Julia Gillard, die nach einem parteiinternen Coup innerhalb der Labor Party am 24. Juni den Parteivorsitz und das Amt des Premierministers von ihrem Vorgänger Kevin Rudd übernommen hatte, suchte in vorgezogenen Parlamentswahlen die Legitimation durch die Wähler. Nachdem Umfragen ihr zunächst einen deutlichen Wahlsieg vorhergesagten, verloren sie und ihre Partei während des Wahlkampfes kontinuierlich an Unterstützung. Zwei Wochen vor der Wahl zeichnete sich ein sehr enges Ergebnis ab. Dem konservativen Oppositionsführer Tony Abbott von der Liberal Party hatten viele Beobachter zu Beginn des Wahlkampfes keine größeren Chancen eingeräumt. Er hatte erst im November 2009 ebenfalls nach einem parteiinternen Coup den Vorsitz der Liberalen Partei und die Rolle des Oppositionsführers übernommen.

Die Wahlen hatten das knappste mögliche Ergebnis. Beide großen Parteien, die die australische Politik seit Jahrzehnten dominieren und seit 1941 die Premierminister stellen (mit nur einer einzigen, dreiwöchigen Unterbrechung 1968), erhielten jeweils 72 der 150 Sitze des Unterhauses (House of Representatives). Damit hat Australien zum ersten Mal seit den Wahlen von 1940 ein so genanntes hängendes Parlament (*hung parliament*), ein Parlament ohne die absolute Mehrheit einer Partei. Entgegen der Gepflogen-

heiten des australischen Parlamentarismus konnte nach den Wahlen kein Wahlsieger unmittelbar eine neue Regierung bilden. Vielmehr begannen beide Spitzenkandidaten und ihre Parteien zähe Verhandlungen mit dem einzigen Abgeordneten der Grünen Partei, dem einzigen Angeordneten der Nationalen Partei und den vier Unabhängigen Abgeordneten im Unterhaus. Premierministerin Gillard konnte sich schließlich am 7. September die Unterstützung des Grünen und dreier der vier Unabhängigen sichern. Diese Abgeordneten traten nicht der Regierung bei, sondern sicherten Gillard lediglich ihre Unterstützung der Regierung zu. Damit führt diese eine Minderheitsregierung an. Nach einer weiteren knappen Verhandlungswoche konnte sie am 11. September ihr neues Kabinett vorstellen. Am 14. September legte sie vor der Generalgouverneurin ihren Amtseid ab.

Beide Spitzenkandidaten begannen zähe Verhandlungen mit den Abgeordneten der Splitterparteien und unabhängigen Mandatsträgern. Premierministerin Gillard konnte sich schließlich die Unterstützung sichern.

Damit ist der längste Wahlpoker in Australien während der letzten Jahrzehnte zwar zu Ende gegangen. Doch aufgrund ihrer hauchdünnen Mehrheit von nur einer Stimme im Abgeordnetenhaus ist die Minderheitsregierung von Julia Gillard von einem ständigen Verlust dieser knappen Stimmenmehrheit bedroht, sofern beim Ausscheiden eines Abgeordneten aus dem Parlament eine Nachwahl erforderlich wird. Eine zusätzliche Ungewissheit ergibt sich daraus, dass Gillard ihren Vorgänger Kevin Rudd nun zum Außenminister ernannte. Seine Loyalität zur Premierministerin ist naturgemäß Gegenstand von Spekulationen.

Aufgrund dieser ungewöhnlichen politischen Konstellationen gehen viele australische Kommentatoren davon aus, dass die Regierung kaum über die gesamte und mit drei Jahren ohnehin kurze Wahlperiode halten wird und dass es schon bald zu erneuten Wahlen kommen kann.

DER ANLASS FÜR DIE WAHLEN IN AUSTRALIEN

Unter der Führung von Kevin Rudd hatte die Labor Party am 24. November 2007 einen deutlichen Wahlsieg errungen. Keine zwei Wochen später war der ehemalige Diplomat zum Nachfolger des langjährigen Premierministers John Howard vereidigt worden. Seine erste Amtshandlung war die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, das sein Vorgänger

abgelehnt hatte. Rudd machte damit deutlich, dass er eine neue Rolle für Australien in der internationalen Politik anstrebte. In den folgenden Monaten seiner Amtszeit war der Premierminister international außergewöhnlich aktiv und darum bemüht, dass Australien in verschiedenen wichtigen multilateralen Initiativen wie etwa der G-20 eine aktive Rolle übernehmen würde.¹ Unter anderem war Rudd von dem dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen dazu eingeladen worden, als *friend of the chair* den Kopenhagener Klimagipfel mit vorzubereiten.

Rudd machte deutlich, dass er beim Thema Klimaschutz eine neue Verantwortung für Australien übernehmen wollte. Doch seine Glaubwürdigkeit auf internationaler Bühne hing

davon ab, welche Maßnahmen innerhalb des Landes selbst unternommen würden. Australien ist als der größte Kohleproduzent und -exporteur der Erde auch einer der größten Emittenten von Kohlendioxid. Die Steigerung des Kohleexports wird mit Regierungsmitteln gefördert. Weil das Land aber noch keine

Weil Australien keine Regelung für den Emissionshandel hatte, versuchte Premierminister Rudd, ein Emissionsgesetz im Parlament durchzusetzen. Dazu brauchte er auch die Unterstützung der oppositionellen Liberal Party im Oberhaus.

Regelung für den Emissionshandel hatte, versuchte Rudd ein Emissionsgesetz im Parlament durchzusetzen. Dazu brauchte er auch die Unterstützung der oppositionellen Liberal Party im Oberhaus, denn trotz der deutlichen Mehrheit der Labor Party im Unterhaus verfügte die Regierung nicht über eine Mehrheit in der zweiten Kammer. Die Bergbaubetriebe polemisierten gegen zusätzliche Kosten. In der Öffentlichkeit gab es keine besondere Sensibilität oder Unterstützung für den Premierminister bei diesem Thema. Das darf man wohl auch dem Regierungsstil von Rudd zuschreiben, der wiederholt auf nationaler und internationaler Ebene Initiativen ergriff, ohne diese genügend vorbereitet zu haben. Möglicherweise hätte seine Regierung im Hinblick auf das Emissionsgesetz zunächst mit einer intensiveren Informationskampagne den Sachverhalt erläutern und die Zustimmung der Öffentlichkeit gewinnen müssen.

1 | Vgl. Wilhelm Hofmeister: „An odd man in“. Australiens Rolle in der internationalen Politik“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 2/2010, 73-96, http://www.kas.de/wf/doc/kas_18674-544-1-30.pdf?100128110650 [14.10.2010].

Trotz dieser Versäumnisse schien die Regierung nach einer schwierigen Diskussion mit der Opposition eine knappe Mehrheit für ein Emissionsgesetz zu erhalten. Der damalige Oppositionsführer Malcolm Turnbull, der im letzten Kabinett von Rudds Vorgänger John Howard Umweltminister gewesen war, wollte die Initiative Rudds unterstützen. Er traf jedoch auf erbitterten Widerstand in seinen eigenen Reihen. Am 1. Dezember verlor er denkbar knapp, mit 42 zu 41 Stimmen, eine Abstimmung der Abgeordneten und Senatoren der Liberal Party über die Unterstützung des Emissionsgesetzes und musste daraufhin zurücktreten.

Sein Nachfolger als Oppositionsführer wurde Tony Abbott, der Fraktion und Partei nun auf Konfrontationskurs zur Regierung einstellte. Rudd musste zur Klimakonferenz in Kopenhagen fahren, ohne zu Hause sein ambitioniertes Projekt moderner gesetzlicher Regelungen verwirklicht zu haben.

Oppositionsführer Abbott stellte Fraktion und Partei auf Konfrontationskurs zur Regierung ein. Rudd musste zur Klimakonferenz fahren, ohne zu Hause sein ambitioniertes Projekt verwirklicht zu haben.

Die parlamentarische Niederlage führte zunächst nicht zu einem Einbruch der Popularität Rudds. Man erwartete, dass er von seinem Recht zur Parlamentsauflösung bald Gebrauch machen würde, um eine Mehrheit in beiden Kammern zu gewinnen und damit u.a. das Emissionsgesetz zu verabschieden. Allerdings zögerte er die Bekanntgabe eines Wahltermins hinaus.

Eine neue Initiative des Premierministers führte schließlich zu einem Stimmungsumschwung in den Umfragen. Am 2. Mai 2010 kündigte er die Einführung einer zusätzlichen Steuer für Rohstoffe an (Resource Super Profits Tax). Ab 2012 sollten die Profite der Bergbaugesellschaften bis zu einer bestimmten Bemessungsgrenze mit einer zusätzlichen Steuer von 40 Prozent belastet werden. Da diese Unternehmen in den vergangenen Jahren hohe Profite verbuchten und der Abbau der Rohstoffe in Australien weitgehend über Tage und somit auch ohne komplizierteren technischen Aufwand und entsprechende Investitionen betrieben werden kann, sollte die Gesellschaft einen höheren Anteil an den Gewinnen erhalten. Der Verband der australischen Bergbauindustrie, das Australian Minerals Council, wehrte sich jedoch gegen die Steuer und startete eine Anzeigen- und Öffentlichkeitskampagne. Für die Kampagne soll der Verband etwa 100 Millionen Australische Dollar

ausgegeben haben, umgerechnet etwa 72 Millionen Euro. Das ist dreimal mehr als die Regierung für ihre Aufklärungskampagne zur Begründung der Steuer aufbrachte. Die Industrie fürchtete eine Gefahr für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und entsprechend auch für die Arbeitsplätze in diesem Sektor. Die Liberal Party schloss sich dem Protest an. Rudd erhielt zwar viel Unterstützung für sein Vorhaben von wissenschaftlicher Seite und von Umweltschutzorganisationen. Selbst der

Unter dem Eindruck der Anti-Regierungs-Kampagne der Bergbauindustrie verlor der Premierminister rasch an Popularität. Es gelang ihm nicht, die Öffentlichkeit für seinen Vorschlag zu gewinnen.

Nobelpreisträger für Wirtschaft, Josef Stiglitz, warnte bei einem Vortrag in Australien davor, die Gewinne aus dem Bergbau würden dem Land nicht langfristig zugute kommen. Doch unter dem Eindruck der Anti-Regierungs-Kampagne der Bergbauindustrie, die ein Schlüsselsektor der australischen Wirtschaft ist, verlor der Premierminister rasch an Popularität. Es gelang ihm nicht, die Öffentlichkeit für seinen Vorschlag zu gewinnen.

Der Rückgang der öffentlichen Gunst für Kevin Rudd führte zu einem Anstieg der Nervosität innerhalb der Labor Party und einer Zunahme innerparteilicher Kritik an ihrem Vorsitzenden. Zwar sicherten ihm verschiedene Parteiführer wiederholt ihre Loyalität zu, darunter nicht zuletzt auch seine Stellvertreterin Julia Gillard, die zugleich Erziehungsministerin war. Dennoch überschlugen sich im Juni plötzlich die Ereignisse. Am 23. Juni kündigte Rudd eine Vertrauensabstimmung unter den 115 Labor-Parlamentariern für den nächsten Tag an. Nachdem aber erkennbar wurde, dass er diese Abstimmung gegen Gillard, die plötzlich als seine Herausforderin antrat, verlieren würde, verkündete Rudd am Tag darauf seinen Rücktritt vom Vorsitz der Labor Party. Das bedeutete, dass er gleichzeitig das Amt des Premierministers aufgeben musste. Julia Gillard wurde zur neuen Parteivorsitzenden gewählt und kurz darauf als neue Premierministerin vereidigt. Zur Begründung der überraschenden Vorgänge und ihres eigenen Einstellungswandels erklärte sie, die Regierung Rudd habe „ihre Spur verloren“. Sie sei zu der Überzeugung gekommen, „dass eine gute Regierung dabei war, ihren Weg zu verlieren“.

Julia Gillard übernahm als erste Frau Australiens das Amt des Premierministers. Nachdem sich in der Öffentlichkeit die Überraschung über die unerwartete Ablösung von Kevin

Rudd gelegt hatte, empfand eine Mehrheit der Bürger, wie die Umfragen zeigten, Sympathie mit der Vorstellung, nun von einer Frau regiert zu werden. Angesichts der guten Umfragewerte kündigte Gillard am 17. Juli nach Zustimmung des Generalgouverneurs den 21. August als Termin der nächsten Bundeswahlen an. Damit begann ein kurzer Wahlkampf, in dem die meisten Beobachter Julia Gillard als klare Favoritin sahen.

DIE SPITZENKANDIDATEN

Zu Beginn des Wahlkampfes führten die Premierministerin und ihre Labor Party in den Umfragen deutlich mit 48 bis 52 Prozent gegenüber 39 bis 42 Prozent für die Liberalen und etwa 13 Prozent für die Grünen. Im Vergleich der beiden Spitzenkandidaten lag Julia Gillard mit 23 Prozentpunkten deutlich vor ihrem Herausforderer.

Das Image der beiden Spitzenkandidaten hätte kaum gegensätzlicher sein können. Die unverheiratete Julia Gillard, die in Wales geboren wurde und als Kind nach Australien kam, ist Atheistin und vertritt in vielen gesellschaftspolitischen Fragen progressive Positionen. Tony Abbott dagegen, der in der letzten Regierung der Liberalen Party bis 2007 Gesundheitsminister war, hatte das Image eines konservativen Katholiken, der durch kernige Aussagen gegen Abtreibung, Stammzellenforschung und gleichgeschlechtliche Ehe auf sich aufmerksam gemacht hatte.

Während des Wahlkampfes war Abbott bemüht, seinem Macho-Image etwas weichere Züge zu verleihen. Allmählich verbesserten sich die Werte für ihn und seine Partei. Julia Gillard beendete zwar, wie Umfragen zeigten, die einzige Fernsehdebatte der beiden Kandidaten am 24. Juli mit einem leichten Vorteil. Dennoch konnte die Liberale Partei kontinuierlich aufholen. Zwei Wochen vor der Wahl zeichnete sich ab, dass es ein knappes Wahlergebnis geben würde und auch die Liberale Partei die Chance auf einen Wahlsieg hatte.

Julia Gillard, die Kandidatin der Labor Party, beendete zwar die einzige Fernsehdebatte mit einem leichten Vorteil. Dennoch konnte die Liberale Partei kontinuierlich aufholen.

Die wachsende Nervosität der Labor Party zeigte sich daran, dass Premierministerin Gillard in der Endphase des Wahlkampfes plötzlich ihren Vorgänger Kevin Rudd aktiv in ihren Wahlkampf einband, nachdem sie ihn zunächst kaum beachtet und einige seiner Maßnahmen zurückgenommen hatte. Das gab sogleich Gerüchten Nahrung, die Premierministerin würde Rudd für einen Spitzenjob in den Vereinten Nationen im Bereich der Klimapolitik vorschlagen. Doch zum Ende des Wahlkampfes wurde auch darüber spekuliert, Rudd sei als Preis für seine Hilfe von Gillard das Außenministerium versprochen worden.

Mit der Green Party traf die Labor Partei ein Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung. Die anderen Parteien warnten vor einem zu großen Einfluss der Grünen.

Mit der Green Party traf die Labor Partei ein Wahlkampfabkommen zur gegenseitigen Unterstützung. Im Präferenzwahlssystem Australiens erstellen die Wähler bei der Wahl eine Rangfolge der Kandidaten. Gemäß ihrer Vereinbarung unterstützte Labor die Green Party bei den Senatswahlen; diese wollten im Gegenzug mit ihren Präferenzen in mehr als 50 umstrittenen Wahlkreisen die Kandidaten der Labor Party unterstützen. Von den anderen Parteien ist diese Vereinbarung scharf kritisiert worden. Sie warnten vor einem zu großen Einfluss der Green Party.

EIN SCHUSS KOSTENLOSE TOMATENSOSE UND ANDERE WAHLKAMPFTHEMEN

„Gillard verspricht einen kostenlosen Schuss aus der Soßenflasche.“ So lautete die Überschrift eines Artikels aus dem *Sydney Morning Herald* vom 15. August, der danach auch in weiteren australischen Zeitungen gedruckt wurde.² Ein junger Mann hatte der Premierministerin während einer Wahlkampfveranstaltung in Townsville das Problem vorgebracht, dass die Tomatensoße zu der allseits beliebten Fleischpastete heute in der Regel extra berechnet wird. Julia Gillard sprach sich dann auch prompt dafür aus, dass der Schuss Tomatensoße wie in ihrer Jugend kostenlos sein sollte. Die Zeitung kommentierte, damit habe die Premierministerin zu einem der wichtigsten Probleme, das die Menschen im Land bewege, Stellung bezogen. Der Artikel

2 | Tony Wright, „Gillard commits to a free shake of the sauce bottle“, in: *The Sydney Morning Herald*, 17.08.2010, <http://www.smh.com.au/federal-election/gillard-commits-to-a-free-shake-of-the-sauce-bottle-20100817-127fg.html> [14.10.2010].

ist auch als eine ironisierende Kritik an dem Fehlen einer echten thematischen Auseinandersetzung während des Wahlkampfes zu verstehen.

Viele Kommentatoren haben den Wahlkampf als thematisch konturenlos beschrieben. Der Mangel an thematischer Auseinandersetzung trug sicherlich zu dem auffallend geringen Interesse der Bürger am Wahlkampf bei. Um beispielsweise eine hinreichende Aufmerksamkeit der Zuschauer an der einzigen Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten zu erreichen, wurde diese im Anschluss an das Finale eines beliebten Kochwettbewerbs ausgestrahlt.

Zentrales Anliegen für die beiden großen Parteien war die Erholung der Wirtschaft von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Doch im Grundsatz unterschieden sich ihre Vorstellungen nicht substantziell voneinander.

Zentrales Anliegen für die beiden wichtigsten Parteien war die weitere Erholung der australischen Wirtschaft von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Doch im Grundsatz unterschieden sich ihre Vorstellungen nicht substantziell voneinander, zumal das Land die Krisenfolgen ohnehin bereits weitgehend überwunden hat. So konzentrierte sich die programmatische Auseinandersetzung vor allem auf drei weitere Themen: die Ressourcensteuer, den Umgang mit den Bootsflüchtlingen und den Klimawandel.

DIE DISKUSSION UM DIE RESSOURCENSTEUER

Da der Versuch zur Einführung einer Ressourcensteuer der wesentliche Anlass für den Sturz von Premierminister Rudd gewesen war, appellierte Julia Gillard in ihrer ersten Rede als Premierministerin an die Ressourcenindustrie zur Einstellung ihrer regierungskritischen Anzeigen und zur Aufnahme von Verhandlungen mit der neuen Regierung. Als deren Ergebnis verständigten sich beide Seiten Anfang Juli auf eine Ressourcensteuer von 30 Prozent (anstelle von 40 Prozent, dem ursprünglichen Vorschlag von Rudd) und eine Erweiterung der Petroleumsteuer auf alle Öl-, Gas- und Kohleprojekte. Damit hatte die Industrie ihre Vorstellungen weitgehend durchgesetzt, auch wenn einige Unternehmen weiterhin Kritik an dieser Einigung übten. Die Regierung versuchte während des Wahlkampfes, die Vereinbarung als Erfolg zu verkaufen, und betonte, dass damit bis 2013 das Haushaltsdefizit wieder vollkommen ausgeglichen werden könnte, nachdem während der Wirtschaftskrise einige

staatliche Unterstützungsprogramme den Haushalt in eine leichte Schiefelage gebracht hatten. Auf jeden Fall aber gab es selbst unter Anhängern der Labor Party auch scharfe Kritik an der Vereinbarung, weil sie die Macht offenbarte, mit der einige Privatunternehmen ihre Interessen gegen die öffentlichen Interessen durchsetzen konnten.

Die Opposition dagegen blieb bei ihrer Ablehnung der neuen Zusatzsteuer und kritisierte die Vereinbarung als einen Schlag gegen das Vertrauen möglicher Investoren in den Schlüsselsektor der australischen Wirtschaft. Die Liberalen versprachen, 418,3 Millionen Australische Dollar zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Ressourcen- und Energiesektors zu investieren, um Investitionen anzuziehen und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie den Export zu fördern.

„STOP THE BOATS“ – DIE BEHANDLUNG VON BOOTSFLÜCHTLINGEN

An Australiens Küsten landeten 2009 etwa 4.500 Menschen, die Asyl beantragten. Die meisten der Flüchtlinge kommen aus Südasien und fliehen vor Hunger und den Folgen interner Konflikte in ihren Heimatländern.

Die meisten Flüchtlinge kommen aus Südasien und fliehen vor Hunger und den Folgen interner Konflikte in ihren Heimatländern. Häufig werden diese Menschen von illegalen Schmugglerringen transportiert.

Häufig werden diese Menschen von illegalen Schmugglerringen transportiert, denen sie ihren Schleuserdienst teuer bezahlen. Unabhängig von den Bootsflüchtlingen erteilt das Land jährlich etwa 200.000 Daueraufenthaltsgenehmigungen an Personen, die nach Australien kommen, um dort zu arbeiten oder zu studieren. In der Regel haben sie einen anderen sozialen Hintergrund als die Bootsflüchtlinge. Weitere etwa 50.000 Personen sind so genannte *overstayer*, Staatsangehörige Neuseelands, Großbritanniens, der USA und anderer Länder, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist und die formal illegal im Land sind, aber in seltenen Fällen mit größerem Nachdruck verfolgt und gegebenenfalls abgeschoben werden. Zum Vergleich: Im Jahr 2009 gab es in Deutschland 27.649 Asylanträge.

Obwohl Australien als Einwanderungsland bekannt und die Zahl der Asylanten vergleichsweise sehr niedrig ist, gibt es unter der Bevölkerung große Ressentiments, eine Art unterschwellige Furcht vor den Asylanten.

Beide Kandidaten, Gillard und Abbott, haben diese Ressentiments im Wahlkampf mit populistischen Sprüchen und Vorschlägen bedient, die Zahl der Asylsuchenden weiter zu verringern. Beide haben eine „pazifische“ bzw. eine

Wegen Ressentiments unter der Bevölkerung machten Gillard und Abbott die Einwanderungsfrage zum Wahlkampfthema. Sie überboten sich mit Lösungen, um die Zahl der Asylsuchenden weiter zu verringern.

„Offshore-Lösung“ vorgeschlagen, um die

Flüchtlinge gar nicht erst ins Land kommen zu lassen. Eine solche „pazifische“ Lösung des Asylanten-Problems hatte die Labor Party während ihrer Oppositionszeit zur Howard-Regierung noch vehement abgelehnt. Unter Howard waren 1.600 Asylsuchende auf Nauru und Papua Neuguinea verteilt worden, wo sie einer langfristigen Isolation und Unsicherheit über ihr künftiges Schicksal ausgesetzt und daran gehindert waren, ihre Asylanträge in Australien zu stellen.

Nun schlug Julia Gillard während des Wahlkampfs vor, die Flüchtlinge zunächst in einem Auffanglager in Ost-Timor zu internieren – ohne dass sie diesen Vorschlag mit der dortigen Regierung besprochen hatte. In einer Rede in Sydney kündigte sie an, ihre Regierung werde den Menschenschmuggel bekämpfen, um dazu beizutragen, dass die Flüchtlingsboote erst gar nicht ihren Ursprungshafen verlassen und die Profiteure aus dem Menschenhandel verringert werden. Wie sie das bewirken könne, blieb offen. Zwar bestritt Gillard, dass ihre Vorschläge denen des früheren Premierministers John Howard ähnelten, der wegen der Behandlung der Bootsflüchtlinge von der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen UNHCR kritisiert worden war. Doch kritische Kommentare aus Menschenrechtsorganisationen wiesen darauf hin, dass auch Premierministerin Gillard nicht deutlich machen konnte, wie ihre „Offshore-Lösung“ mit internationalen Menschenrechtsvereinbarungen in Einklang zu bringen wäre.

Oppositionsführer Tony Abbott machte überhaupt keinen Hehl aus seiner Absicht, an die Praxis der früheren Regierung seiner Partei anzuschließen. Mit dem Aufruf „Stop the boats!“ sprach er sich für eine Internierung Asylsuchender auf Nauru, die Ausstellung von nur zeitlich befristeten Visa

für Asylanten sowie die Abweisung von Flüchtlingsbooten, wann immer das möglich sei, aus. Asylanten, die ihre Ausweise vernichtet hätten, sollte der Zugang zu Australien verwehrt werden. Der Labor-Regierung hielt er vor, den Menschenschmugglern das Geschäft zu erleichtern.

Dass die Suche nach Asyl ein Menschenrecht ist und dass eine „pazifische Lösung“ des Asylantenproblems internationale Menschenrechtsstandards verletzen würde, ist von den Kandidaten nicht thematisiert worden. Anscheinend wussten sie, dass sie mit der harten Haltung am besten die Einstellung und Erwartung der australischen Wähler treffen würden.

KLIMAWANDEL – KEIN THEMA FÜR AUSTRALIEN

Nachdem Premierminister Rudd mit zwei Versuchen zur Verabschiedung von Emissionsschutzgesetzen (Carbon Pollution Reduction Scheme Bills, CPRS) gescheitert war, haben sich die beiden großen australischen Parteien während des Wahlkampfes darum bemüht,

Premierministerin Gillard hat seit ihrer Regierungsübernahme keine neue Initiative zum Klimawandel ergriffen. Ihre Labor-Regierung entschied im April, neue Gesetzesvorschläge zunächst bis 2012 zurückzustellen.

zum Thema Klimawandel möglichst keine konkreten Aussagen zu machen. Julia Gillard hatte seit ihrer Regierungsübernahme keine neue Initiative zu diesem Thema mehr ergriffen. Ihre Labor-Regierung entschied im April, neue Gesetzesvorschläge zunächst bis 2012 zurückzustellen. Im Wahlkampf verteidigte Gillard diese Entscheidung mit Hinweis auf die obstruktive Haltung von Oppositionsführer Abbott. Sie kündigte an, nach einem Wahlsieg eine Art „Volksversammlung“ zu initiieren, die innerhalb von zwölf Monaten den Klimawandel untersuchen und die Notwendigkeit für Aktionen sowie die Möglichkeit von marktorientierten Instrumenten zur Begrenzung und Reduzierung des Ausstoßes von Kohlenhydrat-Emissionen analysieren sollte. Eine Wissenschaftskommission sollte diese „Volksversammlung“ beraten. Zugleich kündigte sie an, eine Milliarde Australische Dollar in die Förderung von erneuerbaren Energien investieren zu wollen, um bis 2020 das Ziel eines Anteils von 20 Prozent erneuerbaren Energien am australischen Energieaufkommen zu erreichen.

Oppositionsführer Abbott, der mit seiner ablehnenden Haltung die Gesetzesvorhaben von Premierminister Rudd zu Fall gebracht und sich damit zum Vorsitzenden der Liberal Party katapultiert hatte, blieb bei seiner ablehnenden Haltung. Im Wahlkampf bestritt er, dass Klimawandel überhaupt ein Problem sei. Allerdings stellten die Liberalen in Aussicht, 3,2 Milliarden Australische Dollar für Projekte des Klimaschutzes investieren zu wollen. 2,5 Milliarden sollten in einen Fonds zur Reduzierung der Emissionen gehen, mit dem die Regierung entsprechende Investitionen der Industrie subventionieren würde, um Emissionswerte zu erreichen, die unter den Zielvorgaben der CPRS-Gesetze lägen. Unternehmen, die diese Zielvorgaben nicht erreichten, würden sanktioniert.

Umweltorganisationen und die Green Party haben die passive Haltung der beiden großen Parteien zum Klimaschutz während des Wahlkampfes scharf kritisiert und darauf verwiesen, dass schon jetzt ein Großteil der australischen Bevölkerung ein Emissionsgesetz unterstützen würde. Das australische Klimainstitut warnte, mit der Einstellung der beiden großen Parteien würde selbst das wenig ehrgeizige Ziel einer Reduzierung der Emissionen um fünf Prozent bis 2020 nicht erreicht. Die Green Party forderte dagegen Maßnahmen, die eine Reduzierung von 40 Prozent bis 2020 ermöglichen würden.

Das australische Klimainstitut warnte, mit der Einstellung der beiden großen Parteien würde selbst das wenig ehrgeizige Ziel einer Reduzierung der Emissionen um fünf Prozent bis 2020 nicht erreicht.

Sofern sich beide großen Parteien nicht doch noch über neue gesetzliche Regelungen verständigen, dürfte es angesichts des Wahlergebnisses weiterhin schwierig sein, eine parlamentarische Mehrheit für neue Gesetze zu finden.

DAS WAHLERGEBNIS

Neben den 150 Abgeordneten des House of Representatives wurden am 21. August 40 der 76 Senatoren gewählt. Die Wahlperiode für das Unterhaus beträgt maximal drei Jahre, sofern der Premierminister die Kammer nicht vorher auflöst und Wahlen durchführen lässt. Die meisten Senatoren werden für sechs Jahre gewählt. In Australien besteht Wahlpflicht, woraus sich stets eine hohe Wahlbeteiligung ergibt. Wahlberechtigt sind etwa 14 Millionen Bürger.

Die Wahlen zum Unterhaus hatten ein denkbar knappes Ergebnis. Die Labor Party erlitt einen deutlichen Verlust von elf Mandaten, hatte aber mit einem Vorsprung von 0,2 Prozent und 30.490 Stimmen einen ganz knappen höheren Stimmenanteil als die Koalition aus Liberaler und Nationaler Partei, die sieben Mandate hinzugewann. Beide Seiten haben nun jeweils 72 Mandate.³ Die Green Party hatte 2007 zwar acht Prozent der Stimmen erhalten, aber kein Mandat gewonnen. Nun gewann sie ein Mandat im Unterhaus, womit sie ihr politisches Gewicht erhöhen konnte.

Tabelle 1

Unterhauswahlen in Australien 2010

Parteien	Repräsentantenhaus Ergebnis Zwei-Parteien-Vergleich, landesweit		
	Stimmen	Anteil in %	Veränderung in %
Australian Labor Party	6.216.435	50,12	-2,58
Liberal/National Coalition	6.185.948	49,88	+2,58

Partei	Sitzverteilung Unterhaus, Anzahl Mandate	
	Wahl 2010	Wahl 2007
Australian Labor Party	72	83
Liberal	44	55
Liberal National Party of Queensland	21	0
The Greens	1	0
The Nationals	7	10
Country Liberals	1	0
Unabhängige	4	2
Insgesamt	150	150

Quelle: Australian Electoral Commission

3 | Die Liberal National Party of Queensland ist Teil der Liberal Party.

Wie eingangs erwähnt, konnte sich Julia Gillard in einem Verhandlungsmarathon die Unterstützung des grünen Abgeordneten und dreier weiterer Parlamentarier sichern. Der Preis dafür war u.a. die Zusage gegenüber den beiden unabhängigen Abgeordneten, ein Programm zur Förderung des ländlichen Raums mit einem Wert von zehn Milliarden Australischen Dollar (7,3 Milliarden Euro) aufzulegen, das insbesondere Infrastrukturmaßnahmen und den Ausbau des Breitbandkabel-Netzes umfasst und zudem mit der Gründung eines zusätzlichen Ministeriums verbunden ist.

Im Senat waren die Verluste für die Labor Party geringer. Für eine Mehrheit in der zweiten Kammer sind 39 Sitze notwendig. Bei den Wahlen standen 40 Senatsmandate zur Wahl. In jedem der sechs Bundesstaaten⁴ wurde die Hälfte der jeweils zwölf Senatsmandate neu vergeben. Das Mandat dieser sechsunddreißig Senatoren beginnt am 1. Juli 2011. Zusätzlich waren je zwei Senatoren für die beiden Territorien zu wählen. Deren Mandat begann am Wahltag und wird am Tag vor der nächsten Unterhauswahl enden.

Aufgrund des guten Abschneidens der Grünen, die sechs Sitze gewannen und nun im Senat über neun Mandate verfügen, haben Labor und Green Party in der zweiten Kammer eine Mehrheit von 40 Sitzen.

Im Senat verlor die Labor Party ein Mandat und die Koalition büßte drei Mandate ein, stellt aber mit 37 Senatoren immer noch eine relative Mehrheit. Aufgrund des guten Abschneidens der Grünen, die sechs Sitze gewannen und nun im Senat über neun Mandate verfügt, haben Labor und Green Party in der zweiten Kammer eine Mehrheit von 40 Sitzen.

4 | Der australische Bund besteht aus sechs Bundesstaaten – New South Wales, Queensland, South Australia, Tasmanien, Victoria, Western Australia – und zwei sogenannten Territorien, dem Hauptstadtterritorium (Australian Capital Territory) und dem nördlichen Territorium (Northern Territory). Deren politische Autonomierechte sind gegenüber denen der Bundesstaaten etwas eingeschränkt. Die sogenannten „Außengebiete“, einige Inselgruppen im Indischen und Pazifischen Ozean, die ebenfalls zu Australien gehören, werden von der Zentralregierung verwaltet und haben keine eigenen politischen Repräsentanten.

Tabelle 2

Senatswahlen Australien 2010

Partei	Sitze nach der Wahl 2007	2010 gewonnene Senatssitze	Senatoren insgesamt ab 2011
Australian Labor Party	32	15	31
Liberal/National Coalition	37	18	34
The Greens	5	6	9
Family First Party	1	0	0
Democratic Labor Party	0	1	1
Unabhängige	1	0	1
Insgesamt	76	40	76

Die Green Party stellt nun in jedem Bundesstaat einen Senator. Als Mehrheitsbeschafferin in der zweiten Kammer konnte sie ihren politischen Einfluss deutlich erhöhen. Allerdings werden die neuen Senatoren der Grünen Partei erst am 1. Juli 2011 ihr Mandat antreten, so dass die Regierung vorerst im Senat keine Mehrheit hat.

PARLAMENTARISCHE VEREINBARUNG ZWISCHEN LABOR UND GREEN PARTY

In den Verhandlungswochen nach der Wahl haben die Labor Party und die Green Party eine Vereinbarung getroffen, in der sie die Regeln für ihre künftige Zusammenarbeit festlegen.⁵ Es handelt sich jedoch nicht um einen Koalitionsvertrag,

Nach der Wahl haben Labor und Green Party eine Vereinbarung getroffen, in der sie Regeln für ihre künftige Zusammenarbeit festlegen. Geplant ist auch eine Kommission, die klimapolitische Maßnahmen analysieren soll.

denn die Grünen werden nicht an der Regierung beteiligt sein. In der Vereinbarung geht es vor allem um Regeln für die gegenseitige Information und Zusammenarbeit sowie die Reform parlamentarischer Verfahren. Unter dem Stichwort *policy* werden vier Politikbereiche knapp umrissen: die Notwendigkeit einer Reduzierung der Kohlenstoffemissionen bis 2020, die Verbesserung der Dentalvorsorge, die Durchführung einer Studie für den Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn

5 | Die Vereinbarung ist veröffentlicht unter <http://www.scribd.com/doc/36708980/Labor-Greens-Deal> [14.10.2010].

sowie eine Diskussion über den Krieg in Afghanistan. Im Hinblick auf die Klimapolitik soll eine Kommission gebildet werden, die weitere Maßnahmen analysieren wird. Ohne diesen Punkt weiter zu spezifizieren, heißt es in der Vereinbarung, dass die Reduzierung der Emissionen einen Preis fordern werde.

PERSPEKTIVEN

Nach den Parlamentswahlen vom 21. August ist das Regieren in Australien nicht einfacher geworden. Premierministerin Julia Gillard hatte ein klares Mandat für ihre Regierungsführung erwartet, nachdem sie im Juni in einem überraschenden Coup ihren Vorgänger abgelöst hatte. Die australischen Wähler haben ihr dieses Mandat verweigert. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dürfte von dem Wahlergebnis zwar kaum beeinträchtigt werden, doch im

Hinblick auf wichtige Politikfelder wie den Klimaschutz wird es wohl vorerst keine neuen Entscheidungen geben. Für die internationalen Ambitionen des Landes, die Kevin Rudd als Premierminister mit Nachdruck formuliert und mit vielen Aktionen untermauert hat, dürfte das eher von Nachteil sein, auch wenn Rudd nun als Außenminister sicherlich einige seiner früheren Projekte weiterverfolgen wird.

Premierministerin Gillard führt eine Minderheitsregierung. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Parlament kann man gespannt sein, ob sie ihre Regierung bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2014 zusammenhalten kann.